



KOMMENTARE

Wilde Zeiten

Werner Kolhoff blickt auf das neue Jahr voraus – das der AfD weitere Erfolge bescheren dürfte

Stabilität könnte das Wort des Jahres 2019 werden. Verlorene oder im besten Fall gerade so gehaltene Stabilität. Das beginnt schon national. Ziemlich wahrscheinlich ist, dass die AfD im Herbst bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland hier oder da stärkste Partei wird. Und den Anspruch erhebt, den Ministerpräsidenten zu stellen. Das wird ein politisches Erdbeben geben.

Die SPD könnte dann schon vor ihrer entscheidenden Existenzkrise stehen. Ganz sicher gilt das für Andrea Nahles als Parteichefin. Aber auch die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer wird dann ihre erste, für die Kanzlerkandidatur vorentscheidende Bewährungsprobe haben.

Vielleicht kommt das alles sogar schon früher, mit der Europawahl im Mai. In jedem Fall wird die große Koalition 2019 schwer unter Druck geraten. Weitermachen, irgendwie, oder doch ein Ende mit Schrecken, also mit Neuwahlen? Das wird spätestens im Herbst dieses Jahres die Frage sein; es ist auch die Frage nach dem Ende der Kanzlerschaft von Angela Merkel.

Eine Kabinettsumbildung gibt es schon im Mai, weil Katarina Barley nach der Europawahl das Justizministerium verlässt – und dann erneute Diskussionen um Horst Seehofer und um Friedrich Merz aufkommen dürften. Also auch erneute Unruhe. Parteipolitische Stabilität ist in Deutschland 2019 nicht zu erwarten. Es ist nur die Frage, wie groß die Eruptionen sein werden.

Unruhige Zeiten drohen auch aus Europa: Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank geht zu Ende, die Schulden Athens und Roms werden wieder stärker drücken. Dazu kommt jetzt auch noch

Frankreich. Der Euro wird wieder instabiler und die EU gleichzeitig handlungsunfähiger. Eine explosive Mischung.

Was mit Ungarn und Polen begann, die aufrumpfende Abgrenzung von der Gemeinschaft, erreicht nun auch die großen Staaten – und gefährdet damit alles. Vom Brexit haben wir noch gar nicht geredet, der leicht wie ein Brandbeschleuniger wirken kann. Wenn denn die wirtschaftliche Stabilität wenigstens garantiert wäre, wenigstens in Deutschland. Aber Schlüsselindustrien wie der Automobilsektor sind in der Krise. Und die Konkurrenten immer stärker und besser geworden.

Diese schon geschwächte, stark exportabhängige deutsche Wirtschaft trifft auf einen Weltmarkt,

Man kann sich nur viel Glück wünschen – und Politiker, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

dessen Entwicklung niemand mehr prognostizieren kann. Sowohl US-Präsident Donald Trump als auch Russen oder Chinesen können jederzeit militärische Konfrontationen auslösen. Oder Wirtschaftskriege beginnen. Der Börsensturz kurz vor Jahresende 2018 bot einen Vorgeschmack auf die Turbulenzen, die auch im neuen Jahr zu erwarten sind.

Man kann sich angesichts dieser Risiken für 2019 gegenseitig nur viel Glück wünschen. Und Politiker, die sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen im kommenden Jahr sehr bewusst sind. Auch wenn der Populismus umso verführerischer ist, je stärker Krisen drohen.



Grünes Stoppschild

Peter Reinhardt über das erste flächendeckende Fahrverbot für ältere Diesel in einer deutschen Großstadt

Ausgerechnet Stuttgart. In dieser Autostadt beginnt mit dem flächendeckenden Fahrverbot für ältere Diesel nun eine neue Zeitrechnung der Mobilität. Die Geschichte und die wirtschaftliche Bedeutung der Branche erklären, warum das mit dem Verbot so lange gedauert hat.

Die politischen Vorzeichen hätten anders erwarten lassen. Denn die Grünen stellen seit Jahren mit Fritz Kuhn den Oberbürgermeister, mit Wolfgang Reimer den Regierungspräsidenten und mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten. Aber auch die Ökos hatten Angst vor den Autofahrern und spielten auf Zeit. Am Ende haben sie die Verantwortung beim Bundesverwaltungsgericht abgegeben und sich die Verbote diktieren lassen.

Bislang ist es aber erstaunlich ruhig geblieben bei den Autofahr-

ern. Stuttgart ist die erste Großstadt, die Diesel bis zur Euronorm 4 komplett ausspart. Nicht einmal die in der Umweltzone liegenden Park- und Ride-Parkplätze dürfen sie noch nutzen. Solche Sturheit führt sicherlich zu Verdross.

Die Dieselbesitzer in den Städten mit schlechter Luft müssen ausbaden, was Politik und Autobranche in einem miesen Zusammenspiel angerichtet haben. Obwohl manche Hersteller bei den Schadstoffgrenzen betrogen und andere zumindest ihre Werbeversprechen nicht eingehalten haben, wollten sie sich mit vergleichsweise billigen neuen Softwareprogrammen einen schlanken Fuß machen. Geld und Entwicklungskapazität sollten für zukunftsweisende Projekte reserviert bleiben. Die Bundesregierung schaute dem Treiben lange tatenlos zu. Der Meinungswandel setzte dort erst ein, als kurz vor den hessischen Landtagswahlen in Frankfurt und Darmstadt Fahrverbote drohten. Zu lange haben die von der CSU gestellten Verkehrsminister die Nachrüstung mit Katalysatoren torpediert. Weil durch die Technik zumindest bei vielen Dieseln mit Euro 5 der Ausstoß von Schadstoffen deutlich sinken würde, hofft die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart, Fahrverbote für diese Autos umgehen zu können. Aber das Kraftfahrtbundesamt hat erst jetzt die notwendige Verordnung fertig. Und wichtige Fragen wie die Haftung und die Übernahme der Kosten sind noch nicht geklärt. Den Städten läuft die Zeit davon.

Nebenbei haben Autoindustrie und Politik durch das jahrelange Hin und Her die Dieselschuld in Verruf gebracht. Der Vertrauensverlust wird lange nachwirken.

Die Dieselbesitzer müssen ausbaden, was Politik und Autobranche angerichtet haben.

rem. Die befürchteten Proteste sind noch nicht eingetreten. Dazu hat sicherlich beigetragen, dass die Stuttgarter selbst ein Vierteljahr Aufschub bekommen haben, um sich auf die Fahrverbote einzustellen. Trotzdem sind seit gestern Zehntausende Pendler mit älterem Diesel betroffen. Und der Preisverfall von Gebrauchten mit Dieselmotor ist schon lange spürbar.

Im neuen Jahr wird das Thema Fahrverbote aber die Debatte bestimmen. Mittlerweile haben verschiedene Gerichte ein knappes Dutzend Städte zu Sperrungen ver-



Schüler demonstrieren in München am 14. Dezember 2018 gegen die Tatenlosigkeit der Politik beim Klimaschutz.

BILD: DPA

Interview: Jugendrat der „Generationen Stiftung“ sorgt sich um Auswirkungen der aktuellen Politik auf zukünftige Jahrgänge

„Rasen auf einen Abgrund zu“

Von unserem Redaktionsmitglied
Madeleine Bierlein

HEIDELBERG/BERLIN. Der Jugendrat der Berliner „Generationen Stiftung“ will das Verhältnis von Alt und Jung auf eine neue Basis stellen. „Wir wollen Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz aufnehmen“, sagt Mitglied Franziska Heinisch. Die 19-jährige Studentin aus Heidelberg fordert, dass politische Entscheidungen nicht auf Kosten junger Menschen getroffen werden.

Frau Heinisch, der Jugendrat der „Generationen Stiftung“ will mit der Kampagne „Wir kündigen“ aus dem Generationenvertrag aussteigen. Ist das Ihr Ernst?

Franziska Heinisch: Ja, das ist mein Ernst. Wir kündigen den jetzigen Generationenvertrag, weil er von Politik und Wirtschaft quasi täglich nicht eingehalten wird – so wie sie handeln oder nicht handeln.

Was heißt kündigen? Hat das irgendwelche konkreten Folgen?

Heinisch: Es handelt sich dabei vor allem um eine Kampagne, mit der wir auf unser Anliegen aufmerksam machen wollen. Aber keine Sorge: Wir wollen ihn natürlich nicht alternativlos aufkündigen, wir wollen einen neuen Vertrag. Einen, der wirklich generationengerecht ist.

Wie könnte der aussehen?

Heinisch: Es geht uns darum, die Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz aufzunehmen, als Grundrecht, das wirklich bindend und auch einklagbar ist. Wir fordern außerdem ein Wahlrecht für alle, auch schon für Jüngere.

Wie soll das funktionieren?

Heinisch: Es gibt verschiedene Wege, das auszugestalten. Eine Option könnte ein Wahlrecht ab der Geburt

sein, das die Eltern zunächst für ihr Kind wahrnehmen. Ab dem Zeitpunkt, wenn der junge Mensch sich in ein Wählerverzeichnis eintragen lässt, darf er dann selbst wählen. Das kann ab acht, zwölf oder 14 Jahren sein, je nachdem wann der junge Mensch beginnt, sich für Politik zu interessieren.

Was werfen Sie der älteren Generation überhaupt vor?

Heinisch: Es gibt sehr viele Punkte. Die aktuelle Politik setzt sich beispielsweise nicht effektiv mit Klimaschutz auseinander. Sie schwelgt wohl in der jetzigen Legislaturperiode und rast dabei auf Kosten der kommenden Generationen auf einen Abgrund zu, ohne Lösungen zu haben. Außerdem haben wir ein Rentensystem, das nicht zukunftsfähig ist. In der großen Koalition werden Mini-Stellschrauben gedreht, aber in einem kaputten System, das ebenfalls auf Kosten der jungen Menschen geht. Wir haben zudem ein Bildungssystem, das eher auf wirtschaftliche Verwertbarkeit setzt, als Menschen wirklich Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung zu geben und so weiter.

Aber ist die Jugend nicht selbst schuld, müsste sie sich nicht stärker einbringen?

Heinisch: Das glaube ich nicht. Es gibt sehr viele junge Menschen, die sich stark engagieren. Es ist aber so, dass man hier erst ab einem gewissen Alter ernst genommen und gehört wird. Wir erhalten auf unsere Tätigkeit viele Reaktionen wie „Ihr habt ja noch keine Lebenserfahrung“, „Ihr seid noch zu jung“. Und da muss man sich natürlich schon fragen, ab wann ist man in diesem Land alt genug, um eine Meinung zu haben und diese zu vertreten. Ab 40, vielleicht sogar erst ab 50? Und diese Haltung führt dann dazu, dass Ent-

Franziska Heinisch

Die 19-Jährige studiert in Heidelberg Jura. Aufgewachsen ist sie in Hagen (Nordrhein-Westfalen).



Heinisch ist Mitglied im Jugendrat der unparteiischen „Generationen Stiftung“. Deren Ziel ist es, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Von sich reden machte die Stiftung durch ihr „Generationenmanifest“ (www.generationenmanifest.de). Es wurde mittlerweile von mehr als 226 000 Menschen unterschrieben. Die Unterzeichner bekennen sich darin zu langfristigen, generationenübergreifenden Lösungen.

Der Jugendrat hat zudem die „Wir kündigen“-Kampagne (www.wirkundigen.de) gestartet. (BILD: HEINISCH)

scheidungen von Alten für Alte getroffen werden und Probleme entstehen, wie wir sie jetzt haben.

Was wäre die Alternative?

Heinisch: Wir wollen, dass die Politik jünger wird, dass sie diverser wird und die Gesellschaft so abbildet wie sie tatsächlich ist. Und vor allen Dingen wollen wir jetzt als Jugendrat an die Politik herantreten, wir wollen den aktiven Dialog, wir wollen politische Veränderungen gestalten und uns einbringen. Und wir möchten, dass in sämtlichen Strukturen – seien es Parteistrukturen oder andere – junge Menschen als vollwertige Mitglieder wahrgenommen werden. Und eben nicht nur als das nette Anhängsel, das vorne mit aufs Bild darf, um zu zeigen, man hat junge Menschen in der eigenen Initiative.

Ein wichtiger Teil des Generationenvertrags ist das Rentensystem. Was schlagen Sie da vor?

Heinisch: Es wäre absurd, wenn wir als jungen Menschen mal eben ein gerechteres Rentensystem entwickeln könnten, das schaffen Politiker ja schon seit Jahrzehnten nicht. Aber es gibt schon ein paar Punkte, von denen wir glauben, dass sie verbessert werden müssen. Unter anderem müssen wir das Umlageverfahren überdenken. Wir haben einfach immer weniger junge Menschen, die für immer mehr alte Menschen zahlen. Das belastet Jung und Alt gleichermaßen. Auf der einen Seite soll ein junger Mensch zwei bis drei ältere Menschen finanzieren. Das fragt man sich: Wie sollen wir das schaffen? Und auf der anderen Seite ist es so, dass – wenn wir es nicht schaffen – immer weniger Geld in den Kassen ist, sodass die älteren Menschen immer weniger bekommen können. Und da, finden wir, muss man ansetzen und gemeinsam etwas ändern.

Sie setzen sich außerdem dafür ein, dass eine Generation nur so viel verbraucht, dass genug für die kommenden Generationen bleibt.

Heinisch: Das ist unbedingt notwendig – und könnte durch ein Grundrecht auf Generationengerechtigkeit gewährleistet werden. Denn wenn jemand mehr verbraucht als ihm zusteht, muss es jemand anderes wieder einsparen. Wir sehen jetzt beim Thema Klima, wie problematisch das ist. Deswegen müssen wir unser Bewusstsein ändern und uns klar machen: Wir können nicht einfach auf Kosten der nächsten Generationen leben. Denn das ist unsolidarisch und ungerecht.

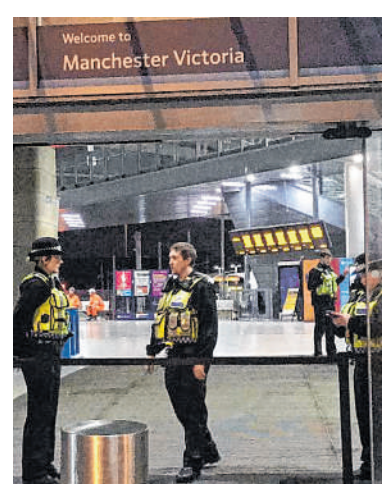
Das Interview wurde telefonisch geführt. Der Text wurde dem Gesprächspartner vor Veröffentlichung zur Autorisierung vorgelegt.

Messerattacke: Mann verletzt an Bahnhof in Manchester drei Personen / Ermittler überwältigen Angreifer

Polizei spricht von Terrorismus

MANCHESTER. Die Polizei geht bei der Messerattacke am zentralen Bahnhof in Manchester am Montagabend mit drei Verletzten von einem terroristischen Hintergrund aus. Das teilte die Greater Manchester Police gestern mit.

Einsatzkräfte hatten am Montagabend einen 25 Jahre alten Mann am Bahnhof Victoria in Manchester festgenommen. Er soll zuvor drei Menschen mit einem Messer an einem Tram-Bahnsteig verletzt haben. Die Anti-Terror-Einheit hatte die Ermittlungen übernommen. Nach Angaben der Zeitung „Manchester Evening News“ berichteten Augenzeugen, der Angreifer habe „Allah“ gerufen. Über die National-



Polizisten sichern nach der Attacke den Bahnhof Victoria Station. BILD: DPA

tät des Mannes war zunächst nichts bekannt.

Eine Frau und ein Mann, beide zwischen 50 und 60 Jahre alt, wurden mit Stichverletzungen im Unterleib und teilweise auch im Gesicht ins Krankenhaus eingeliefert. Ein Polizeibeamter wurde wegen einer Stichwunde an der Schulter behandelt, kurz darauf aber aus der Klinik entlassen, wie es in einer Mitteilung der Polizei hieß. Die Verletzungen seien nicht lebensgefährlich.

Nun werde die Wohnung des Verdächtigen durchsucht, sagte Manchesterers Polizeichef Ian Hopkins bei einer Pressekonferenz gestern. Zwei Messer seien sichergestellt worden, berichtete die britische Nachrich-

tenagentur unter Berufung auf die Polizei. Premierministerin Theresa May dankte in einer Mitteilung den Einsatzkräften. „Meine Gedanken sind bei denen, die bei der mutmaßlichen Terrorattacke gestern Abend in Manchester verletzt wurden“, so May per Nachrichtendienst Twitter.

Einem Augenzeugen zufolge hatte der Angreifer mit einem großen Küchenmesser auf seine Opfer eingestochen, wurde aber rasch von herbeieilenden Polizisten mithilfe von Pfefferspray und einem Elektroschocker überwältigt. In einem Kurzvideo, das der Fernsehsender BBC zeigte, war zu sehen, wie mehrere Beamte einen Mann am Boden fixierten. dpa